

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

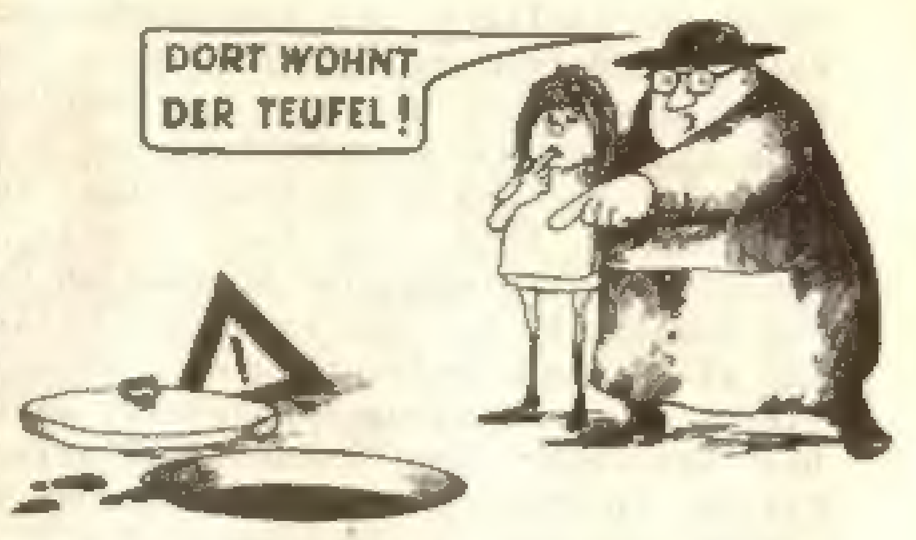
Eigentümer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 19/2.

P b b Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Pater Hamburger, der Meisterdetektiv



„Pater Brown" hieß jene Fernsehreihe, in welcher der Pepperl Meinrad einen kleinen Landpfarrer spielte, der nicht nur den Teufel, sondern als Amateurdetektiv auch die irdischen Bösen bekämpft. Weil aber auch die krausesten Fernsehphantasien noch allemal von der Wirklichkeit übertroffen werden, deshalb verfügt jetzt das kleine niederösterreichische Reisenberg ebenfalls über einen Pfarrer, der sich kriminalistisch zu Großem berufen fühlt. Pater Gerd Hamburger, so heißt der Gute, schlägt sich allerdings nicht mit tantenmordenden Erbschleichern herum, sondern ist jenen auf der Spur, die „vom langsamen Töten durch Rauschgift" leben. Bravo, ist man versucht zu sagen, denn der Pater Kommissar kann mit diesen Worten doch wohl nur die internationale Gilde der Rauschgifthändler meinen, die in der gesamten kapitalistischen Welt tätig ist und am Siechtum ihrer Opfer profitiert. Aber wer schon einmal eine Predigt in der 700-Seelen-Gemeinde Reisenberg (bei Schwechat) gehört hat, der weiß, daß hier im Westen nur das Gute, das Böse hingegen ausschließlich im Osten gedeiht. Na ja, macht auch nichts, könnte ein unverbesserlicher Optimist nun meinen, vielleicht will der streitbare Seelsorger das Übel an der Wurzel packen und er hadert mit der Türkei, dem östlichen Nachbarn Europas, wo die Behörden heuer wieder ganz offiziell den großflächigen Anbau von Opiummohn gestattet haben. Jedoch — Gott sei's geklagt! — die Türkei meint der Mann Gottes auch nicht, denn die liegt ja bloß geographisch im Osten, politisch dagegen eindeutig im Dunstkreis des Westens und darf schon deshalb nicht verdächtigt werden. Wer, zum Teufel, ist jetzt also der Mörder mit dem Rauschgift?

Gerd Hamburger, der gottbegnadete Kriminalist, hat ein Buch verfaßt, in dem er die Bombe platzen läßt. Titel: „Die Peking-Bombe". Und Inhalt: 1. China will den Westen physisch und moralisch zugrunde richten; die in den sechziger Jahren entstandene Drogen-Ideologie der Hippies wurde von Peking aus gesteuert. 2. Die Kampfkraft der US-Boys in Vietnam wurde durch chinesisches Rauschgift entscheidend geschwächt. 3. In der chinesischen Provinz Jünnan gibt's riesige Mohnfelder, in denen das Gift produziert wird.

Wozu vorerst einmal zu sagen ist, daß selbst die westlichen Rezensenten die „Peking-Bombe" nur mit leiser Ironie zitieren. Das Buch dürfte demnach kein Bombengeschäft werden. Weil dem Pater Hamburger also offenbar die wahre Erleuchtung versagt blieb, deshalb wollen wir ihn gottergeben auf ein paar kleine Tatsachen hinweisen. 1. Anhand der einschlägigen Literatur läßt sich der Ausgangspunkt der Hippiebewegung ganz genau verfolgen. Sie entstand nicht in Peking, sondern im westlichsten Westen: in Kalifornien. 2. Das Rauschgift, durch das Tausende US-Soldaten in Vietnam „high" waren, kam aus Thailand. (Nähere Anfragen sind bitte an den Saigoner General Cao Ky zu richten, welcher als Rauschgifthändler zwar wenig Ruhm, dafür aber um so mehr Dollars erntete.) 3. In Jünnan wurde einst tatsächlich Opium produziert, aber das war noch zu der Zeit, als Tschiangkaischeks Statthalter dort herrschten. Damals sorgten pikanterweise sogar Flugzeuge des amerikanischen Geheimdienstes CIA für den Transport des Rauschgifts. („Der Spiegel" vom 20. Mai 1974 berichtete unter anderem darüber.)

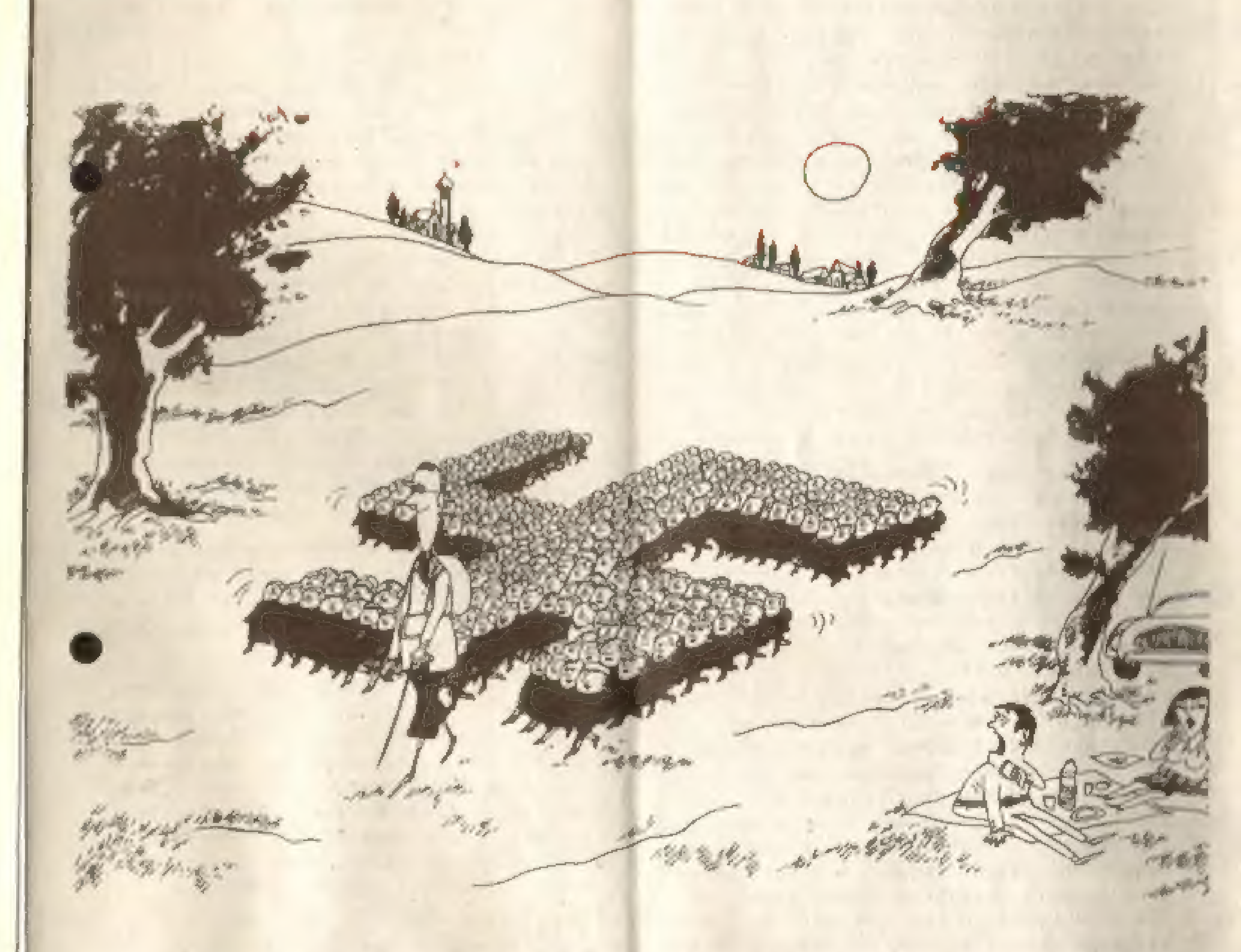
Das Land, in dem der Schlafmohn blüht, hat der Privatdetektiv Hamburger also nicht entdeckt. Bleibt nur zu hoffen, daß er demnächst in das Land fährt, in dem der Pfeffer wächst. ●



rote garde★

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nummer 48 · August 1974



Gewisse Lehrkräfte reden gern von Demokratie. Aber in der Praxis züchten sie dann doch lieber lauter kleine Nazis heran.

SIEHE SEITE 2



„Natürlich haben Sie ein Recht auf Meinungsfreiheit, aber bitte dort, wo Sie niemand hört!"

Terror in der Schule

"Nicht für die Schule - für das Leben lernen wir!" Mit diesem Satz wird jeder Schüler konfrontiert. Und weiter heißt es: "Österreich ist eine Demokratie". In den österreichischen Schulen wird diese "Demokratie" nicht nur theoretisch gelehrt, sondern auch praktisch "erprobt". Allerdings bleibt beim praktischen Unterricht der theoretische Satz aus der Bundesverfassung: "Alles Recht geht vom Volke aus" im Hintertreffen und wirklich nur graue Theorie. Denn hier wird "Demokratie" praktiziert, wie wir sie in unserem gesamten Leben tagtäglich zu spüren bekommen. Nämlich eine Demokratie, wie sie die herrschende Klasse und ihre Manager und Funktionäre - die Politiker aller Parteien und die Beamten der Behörden (in diesem Fall die Schulbehörden) - eben wollen.

Es wird so lange "Demokratie" gespielt, so lange es den Kapitalisten und ihren Handlangern nicht weh tut. Das heißt, solange sich die Mitspielenden auf dem Boden der kapitalistischen (Schul-)Ordnung bewegen. Diese Ordnung sagt aber eindeutig, daß es immer über- und untergeordnete Menschen geben muß. Daß die Übergeordneten alle Rechte besitzen, die Untergeordneten aber nur ihren Mund aufmachen dürfen, wenn sie gefragt werden. In der Schule bei Prüfungen und im Leben bei Wahlen. Wehren sich aber die "Untergeordneten" gegen dieses "demokratische" System der Unterdrückung, so machen die "Übergeordneten" von ihrem selbstgenommenen "Recht", mit Gewalt durchzugreifen, Gebrauch. In der Gesellschaft geschieht dies, wenn Arbeiter streiken oder für ihre gerechten Forderungen demonstrieren. In der Schule ist es der Fall, wenn sich Schüler gegen die Art des Unterrichts, der Behandlung durch die Lehrer wehren oder auch anderwärtig politisch betätigen. (Natürlich nur dann, wenn sie Schwächen des Lehrkörpers oder der Schulbehörde und damit die des kapitalistischen Systems aufzeigen.)

Ein Beispiel zeigt das praxisnahe und brutale Vorgehen in Österreichs Schulen wieder einmal mit aller Deutlichkeit. Im Bundesrealgymnasium XX hatte sich eine Gruppe von Schülern zusammengetan, um gegen das faschistoide Gedankengut, das - wie an so vielen anderen Schulen - verbreitet wird, und die Methode dieser Verbreitung aufzutreten. Gleichzeitig wandten sie sich gegen einen Klüngel faschistischer Schüler (von der NDP-Mittelschülergruppe "AVM"), die im BRG XX offen und mit Billigung des Direktors (einer der AVMler ist Schulsprecher) ihr Unwesen treiben, z.B. hetzen sie gegen Gastarbeiter und gegen jüdische Schüler des Gymnasiums.

Die fortschrittlichen Schüler gaben eine Zeitung, das "Rote Unterberger Forum" heraus, in der sie den reaktionären Unterrichtsstoff angriffen, der da sagt, es könne nur eine kleine Schichte von Intellektuellen geben, die die Elite darstelle, die Führer des Volkes, und daß die große Masse zu nichts besserem geeignet sei als zu niedriger manueller Arbeit. Sie brachten diese "Lehre" in gesellschaftspolitischen Zusammenhang und entlarvten somit, welche Aufgabe die Allgemeinbildenden Höheren Schulen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erfüllen haben. "Die Funktion der AHS besteht nämlich gerade darin, die Schüler als zukünftige Funktionäre des bürgerlichen Staates massiv mit volksfeindlichem Gedankengut zu indoktrinieren." (RSB-Flugblatt 28.6.74)

Diese politische Aufklärung wurde natürlich vom Direktor - einem gewissen Herrn Klimpt - mittels Spitzelwesen, Vorladung der Eltern und anderen disziplinären Maßnahmen wütend bekämpft.

Und als einige Schüler im Juni dieses Jahres ihre Solidarität mit den Völkern der portugiesischen Kolonien bekundeten und bei ihren Mitschülern um ebensolche Solidarität warben, indem sie die Zeitung "Revolutionäres Afrika" verteilten, war für diesen Herrn die "Demokratie" zu Ende. Er schmiß die daran beteiligten Schüler kurzerhand aus der Schule.

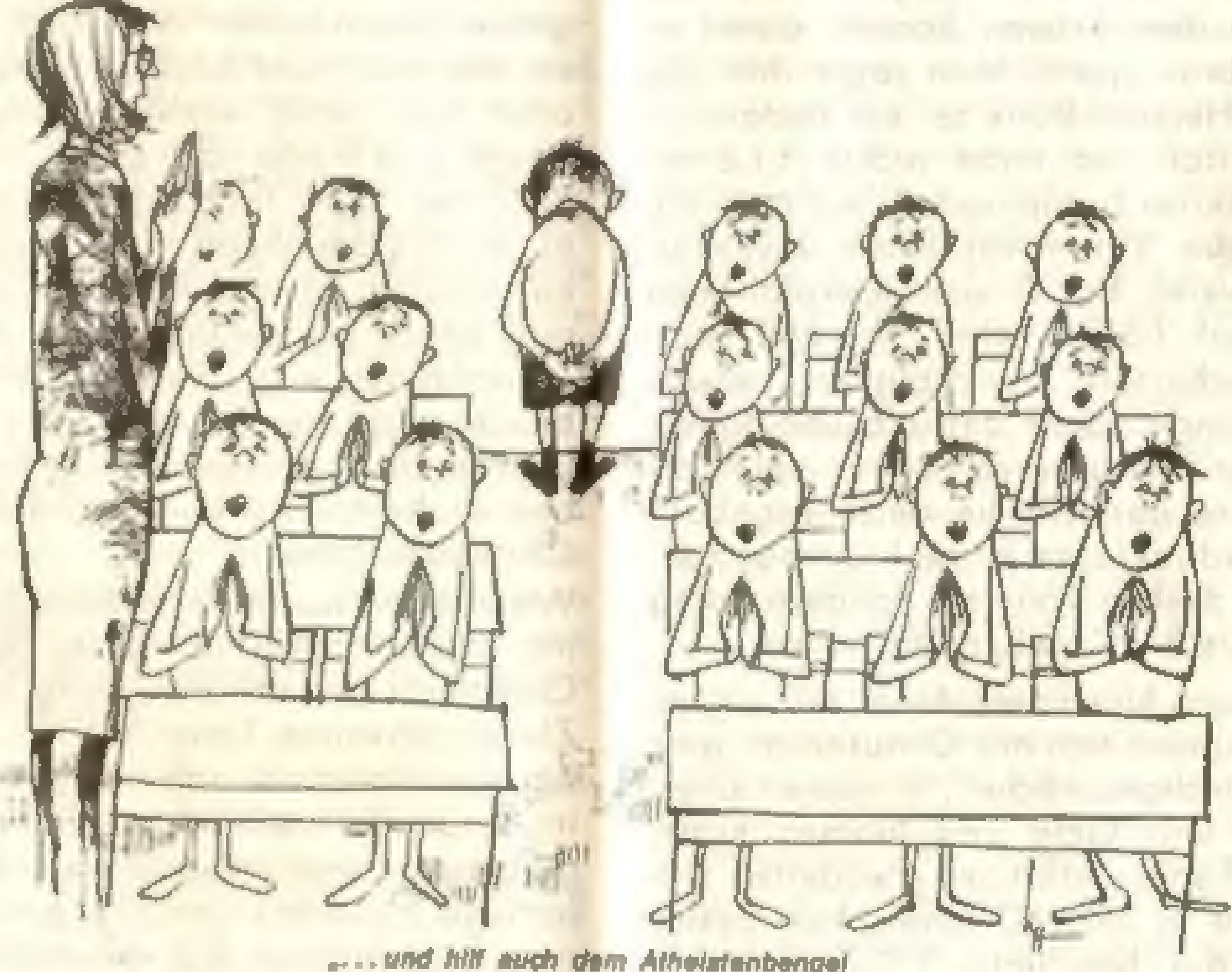
Dies geschah nun auf brutalste Art und Weise. Vorerst wurden die Schüler einmal 15 bis 30 Minuten verhört. Dabei wurde mit Einschüchterungen, Drohungen und Erpressung vorgegangen. Dann wurden die Eltern vorgeladen und der ehrenwerte Herr Direktor sagte ganz offen: "Entweder ihr Kind geht von der Schule und bekommt einen Dreier in Betragen - die Ausschlußkonferenz fällt dann flach - oder eine Gerichtsverhandlung und einen Vierer in Betragen, das heißt Schulverbot in ganz Österreich".

Daß aber dieser Herr Klimpt kein Einzelfall ist, beweist die Tatsache, daß einer der betreffenen Schüler, der sich sofort nach einer anderen Schule umsah, an jeder der Schulen, die er um Aufnahme bat, abgewiesen wurde. Die Direktoren dieser Schulen waren alle schon "vergewarnt". Überall wurde er abgewiesen. Zum Stadtschulrat möge er gehen, wurde ihm erklärt.

Die skandalösen Vorfälle an den österreichischen Schulen gehen nicht nur die betroffenen Schüler und ihre Eltern an. Sie gehen vielmehr alle fortschrittlichen Schüler unseres Landes und darüber hinaus alle Arbeiter und anderen Werktätige an. Es sind dies keine Einzelfälle oder nur Willkürakte einzelner. Es sind dies Symptome eines faulen Schulsystems, das durch ein verfaulendes und seinem Niedergang entgegengehenden Gesellschaftssystem hervorgebracht worden ist. Jede Schule und jede Institution hat ihre besondere, den Kapitalisten zur Unterdrückung des Volkes dienende Aufgabe. Das beginnt bei Kindergärten, Volks- und Hauptschulen, wo schon für den weiteren "Lebensweg" des Kindes "programmiert" wird. Schon da wird klassifiziert, ob es Hilfsarbeiter oder weiter "ausgebildet" werden soll. Wer den Weg zur "Fachkraft" gehen kann, dem wird in den Berufsschulen gelehrt, daß er sich dem "Chef" zu unterwerfen hat. An den Mittel- und Hochschulen aber - wohin nur ein ganz geringer Prozentsatz Arbeiterkinder gelangt - erfolgt der Schliff zum "Herren", der eine "Führungsrolle" durchzuführen hat. Wer dagegen rebelliert, ist für sie nicht brauchbar, ist ein Feind und wird eben am liebsten aus der Schule hinausgeworfen.

Sie wollen uns einreden, daß wir für das Leben lernen, meinen aber in Wirklichkeit, daß wir für den Kapitalisten und seinen Profit zu lernen haben.

Dieses System ist faul und es kracht an allen Ecken und Enden. Wenn die Kapitalisten mit schweren Geschützen auffahren, so ist für sie Gefahr im Verzug. Ihre scheinbare Stärke ist aber in Wirklichkeit nichts als Schwäche, die sie zu verbergen trachten.



„. . . und hilf auch dem Atheistenbengel zum rechten Glauben, Amen!"

Der geschilderte Fall der Schüler vom BRG XX ist ein sehr beredter Ausdruck der Schwäche der kapitalistischen Schul"demokratie", die nur mit angeblicher Stärke übertüncht werden soll. Der Kampf dieser Schüler ist auch der Kampf der Arbeiter und aller anderen Werktätigen.

Die Werktätigen und die fortschrittlichen Jugendlichen sind, wenn sie gemeinsam gegen den Erzfeind Kapitalismus kämpfen, weit stärker als jede Gewalt. ●



Arbeiter aus den Fabriken und Bauern aus den Volkskommunen bei einer vom Pekinger Stadtparteikomitee veranstalteten Vorlesung.

Arbeiter und Bauern studieren den Marxismus-Leninismus

Eines der wichtigsten Merkmale der Kulturrevolution und der jetzigen Massenbewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist es, daß die Massen der chinesischen Arbeiter, Bauern und Soldaten in stärkerem Maße als je zuvor marxistisch-leninistische Werke studieren und sich die Theorie des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen aneignen. In dem politischen Kampf gegen die konterrevolutionäre Linie Lin Biaos und gegen den Konfuzianismus, der seit jeher die Ideologie der herrschenden Klassen war und den auch Lin Biao aufgegriffen hatte, lernt das chinesische Volk, die marxistischen Grundtheorien noch gründlicher zu beherrschen, um die sozialistische Revolution erfolgreich weiterführen zu können.

Ein Beispiel dafür ist die Volkskommune Maitschuang in der Nähe von Peking.

Als erste Produktionsbrigade der Kommune hat hier die Brigade Tsuiyao während der Großen Proletarischen Kulturrevolution eine politische Abendschule eingerichtet, um den Massen das Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung zu erleichtern. Heute gibt es in allen Produktionsbrigaden Maitschuangs derartige Abendschulen. Die Besucher dieser politischen Abendschulen sind nicht nur junge Leute, sondern es sind alle Altersstufen unter ihnen vertreten.

Durch das Studium des Marxismus haben die Bauern gelernt, den Zusammenhang zwischen Lin Biao und Konfuzius zu begreifen. Obwohl beide aus verschiedenen Geschichtsepochen stammen und verschiedene Klassen repräsentieren, wollten sie doch alle beide die alte Gesellschaftsordnung – Konfuzius die Sklavenhaltergesellschaft, Lin Biao den Kapitalismus – wiederherstellen. Die Lehren des Konfuzius bezwecken ihrem Wesen nach die Wiederherstellung der alten Gesellschaft. Aus diesem Grund haben alle, die das in China tun wollten, konfuzianistisches Gedankengut aufgegriffen. Um die Wurzeln des Revisionismus und des reaktionären Gedankengutes auszurotten, muß daher Konfuzius kritisiert werden.

Wichtig war für die Brigade Tsuiyao auch eine Forschungsgruppe, deren sechs Mitglieder die Erfahrungen alter Kommunisten, Kader und Bauern einholte. Daraus stellte die Gruppe eine Geschichte des Klassenkampfes zusammen, wie er sich in den vergangenen 25 Jahren in der Produktionsbrigade abgespielt hatte. Diese Geschichte, ebenso wie die von der Forschungsgruppe zusammengefaßte Geschichte des Lebens von acht Bauernfamilien vor der Befreiung, wurde dann in den politischen Abendschulen als Studienmaterial verwendet und half den Kommunemitgliedern, den Klassenkampf besser zu verstehen.

Zu den Tätigkeiten der politischen Schulen gehört auch die Herausgabe von Wandzeitungen, in denen die arbeitenden Menschen ihre Kritik an Lin Biao und Konfuzius zum Ausdruck bringen, die Organisierung von Übertragungen über das Lautsprechersystem der Produktionsbrigaden, um die Wichtigkeit der Massenkritik zu popularisieren, und schließlich auch die Abhal-

Lädierte Sicherheit



Jahrzehntelang galt Westdeutschland als der Hort des Wirtschaftswunders, und die Apostel der „freien Wirtschaft" tanzten verzückt um die goldene D-Mark. Die rauhe Wirklichkeit jedoch glaubt nicht an Wunder. „Ich bin so frei", dachte sie offenbar und knabberte genüßlich auch an der harten Mark. Als unlängst die Kölner Herstatt-Bank zusammenbrach, da plumpsten viele kleine Sparer aus dem großen Wunschtraumbett und saßen jäh auf dem Boden der Tatsachen. Ihre Ersparnisse waren beim Teufel.

Die Imagepfleger der ach so freien Wirtschaft (auch die österreichischen) steckten daraufhin verdutzt die Köpfe zusammen, denn manche Kapitalisten und Finanzminister leben schließlich davon, daß möglichst viele Sparer bei einer jährlichen Geldentwertung von 10 % ihren Alpendollar für läppische 5 % zur Bank tragen. Was also sagte man dem braven Sparer, damit er weiterhin brav spart? Man sagte ihm, die Pleite der Herstatt-Bank sei ein bedauerlicher Einzelfall, sie habe nichts mit einer Wirtschaftskrise zu tun und sei nur passiert, weil sich die Verantwortlichen unverantwortlicherweise bei Devisenspekulationen verspekuliert hätten. Und, so ließ man österreichischerseits durchblicken, sowas sei hierzulande schon deshalb unmöglich, weil die meisten unserer Banken verstaatlicht sind und deshalb die weisungsgebundenen Bankdirektoren keine krummen Spekulationen drehen könnten, sondern streng an die „Vorschrift" gebunden wären.

„Haha!" kann hier unser Autor nur sagen, denn er erinnert sich mit Grausen an jene Fernseh-„Stadtgespräche", in denen alles, was Rang und Geld und Namen hatte, über das Thema Inflation plauderte. Damals wurde in aller Öffentlichkeit bestätigt, daß die berühmte 5 %-Zinsen-Vorschrift des Finanzministeriums nur für den kleinen Sparer gilt. Ein Herr Treichl, Generaldirektor der größten Bank Österreichs, guckte nämlich treuherzig in die Kamera und erklärte mit gewinnendem Lächeln, daß sein Institut – nicht an die Kleinen, versteht sich, sondern nur an bessere Leute – selbstverständlich sogenannte graue Zinsen zahle. Womit er zugab, daß so mancher nicht bloß 5, sondern 10, 12 oder wer weiß wieviel Prozent Zinsen kriegt. (Die Frage nach der Höhe der grauen Zinsen blieb leider offen, denn wie immer, wenn's spannend wird, wurde die Diskussion von Fernsehdirektor Zilk ganz demokratisch abgewürgt.) Und womit Herr Treichl ferner einen Rechtsbruch zugab und bewies, daß ein Mann in seiner Stellung über Recht und Verordnung bereits erhaben ist. Kein Jurist hat nämlich bis jetzt ein Ohrwaschl gerührt.

Wenn aber sogar der Generaldirektor einer sich großteils im Besitz der Republik Österreich befindlichen Bank mit grauen Zinsen schwarze Taten setzt, wer will uns dann weismachen, daß nicht vielleicht auch irgendein österreichischer Generaldirektor genauso „unverantwortlicherweise" spekuliert wie Herstatt? Und Pleite macht mit einem Schaden von 3,5 Milliarden Schilling (wie Herstatt)? Und eine Kette von Betrieben in den Konkurs mitzieht und somit indirekt zahllose Werktätige auf die Straße setzt (wie Herstatt)?

Die Beteuerungen der massenmedialen Gesundbeter, daß bei uns „sowas" unmöglich sei, sind demnach schlicht und einfach unwahr. Solange der Kapitalismus regiert, solange gibt's für gewöhnliche Sterbliche keine Sicherheit für Spargeld oder Arbeitsplatz. Nicht einmal auf der Insel der Glückseligen. •

tung von Ausstellungen über die Geschichte des Klassenkampfes und die Bedeutung der gegenwärtigen Massenbewegung.

Die Volkskommune Maitschuang hat sich bis heute ein Kontingent von mehr als 400 theoretischen Aktivisten geschaffen, welche jetzt in ihrer Mehrheit in den Abendschulen Lehrgänge und Diskussionen leiten. Diese Aktivisten können den anderen Kommunemitgliedern helfen, ebenfalls ihre Kenntnisse des Marxismus-Leninismus zu erweitern.

★

Ein anderes Beispiel dafür, wie die chinesischen Werktätigen marxistisch-leninistische Theorie studieren, liefert die Eisen- und Stahlfabrik Nr. 5 in Schanghai. Das Werk hat über 500 Aktivisten beim Studium des Marxismus. Eine Gießerei des Werkes ist beim Studium des Marxismus-Leninismus und bei der Produktion ein fortgeschrittenes Kollektiv der Schanghaier Eisen- und Stahlindustrie.

Die Arbeiter der Gießerei, mehr als 200, haben in den vergangenen zwei Jahren alle das "Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels, den "Bürgerkrieg in Frankreich" und die "Kritik des Gothaer Programms" von Marx, Lenins "Staat und Revolution" sowie die "Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" gelesen. Die 25 Aktivisten im Studium der marxistisch-leninistischen Theorie, welche die Gießerei besitzt, geben einmal in der Woche Vorträge, die von den Arbeitern begrüßt werden, weil sie klar, präzise und verständlich sind. Die Aktivisten sind in 5 Gruppen organisiert, in denen sie gemeinsam marxistisch-leninistische Werke studieren und schwere Fragen lösen, welche die Arbeiter bei den Vorträgen gestellt haben. Abgesehen vom Studium in den Gruppen beschäftigen sich die Aktivisten auch einzeln mit Fragen der Theorie - die einen hauptsächlich mit Philosophie, andere wieder mit politischer Ökonomie oder mit Geschichte.

Geführt von der Kommunistischen Partei Chinas haben die Arbeiter des Eisen- und Stahlwerkes erkannt, daß die theoretische Arbeit ein wichtiger Bestandteil der revolutionären Sache des Proletariats ist. Die Heranbildung von Arbeiter-Aktivisten, welche die marxistisch-leninistische Theorie beherrschen, ist eine Aufgabe von grundlegender Bedeutung, um die Herrschaft der Arbeiterklasse zu festigen und die Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern. Das chinesische Volk marschiert auf diesem Weg erfolgreich voran. ●

Kinder in Südkorea ...

Der "Kurier" hat davon berichtet, daß aus Südkorea sogenannte "Waisenkinder" (kaum 20 bis 40 Prozent von ihnen sind es wirklich) für 50.000 bis 100.000 Schilling an kinderlose Ehepaare in Europa und Amerika verkauft werden. Im vergangenen Jahr sollen 4.688 Kinder "exportiert" worden sein. Der "Kurier" schreibt, "daß die Organisationen" (welche die Kinder vermitteln) "regelrechte Kämpfe um die Kinder ausfechten. Waisenhausdirektoren erhalten Bestechungsgelder, damit sie alle verfügbaren Kinder weiterleiten." Aber überwiegend sind es keine Waisenkinder, die ins Ausland verkauft werden. Laut "Kurier" vom 9. Juni erzählte ein Angestellter einer derartigen Organisation, "der schwierigste Teil seiner Arbeit sei es, die Mütter dazu zu überreden, ihre Kinder freizugeben. In manchen (!) Fällen erhalten die Eltern für diesen Entschluß Geld."

Was für Verhältnisse sind das aber, unter denen solche Praktiken gedeihen? Das vom amerikanischen Imperialismus noch immer - 21 Jahre nach dem Korea-Krieg - besetzte Südkorea ist eine wirkliche Hölle für die Werktätigen, besonders aber für deren Kinder. Diese müssen zum Beispiel in den Textil- bzw. Gummifabriken täglich 12 Stunden arbeiten. Unter den gesundheitsschädlichsten Arbeitsbedingungen müssen sie die Arbeit von Erwachsenen machen, bekommen aber um die Hälfte weniger bezahlt als diese.

Die Gesundheit der südkoreanischen Kinder ist katastrophal und wird von Tag zu Tag schlechter. Z.B. war die Zahl der Gehirnhautentzündungen 1973 10mal so groß wie 1970, und Fälle von Kinderlähmung waren 1973 sechsmal soviel zu verzeichnen wie im Jahr vorher.

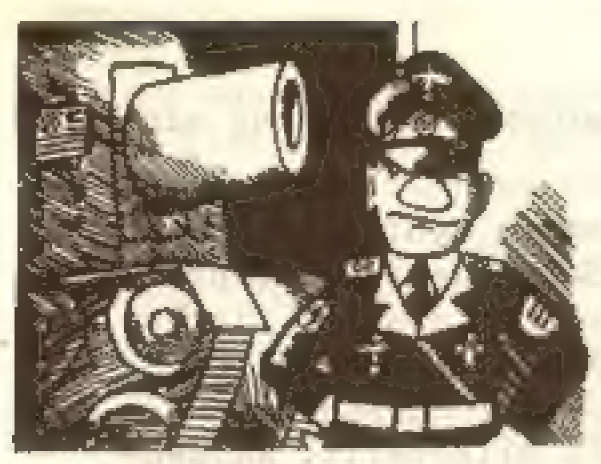
Drei Millionen Kinder im Schulalter können nicht zur Schule gehen, weil die Schulgebühren zu hoch sind. Tausende andere müssen, weil ihre Eltern zu arm sind, arbeiten gehen, um sich das Schulgeld zu verdienen. Sie verkaufen Zeitungen, putzen Schuhe, machen Gelegenheitsarbeit oder spenden gar Blut.

In diesem Jahr allein sind die Schulgebühren um 15 Prozent (für die Grundschule) bzw. um 30 Prozent (für die Universität) gestiegen. Unter anderem müssen Schüler und Studenten sogar eine sogenannte "Gebühr zur Unterstützung von Heer und Polizei" zahlen. Heuer mußten 420.000 Schüler die Schule aufgeben, weil sich ihre Eltern das Schulgeld nicht mehr leisten können. So sieht es in Südkorea unter der Herrschaft des faschistischen Pak Dschung-Hi-Regimes aus.

... und in Nordkorea

In der Koreanischen Volksdemokratischen Republik wurde auf direkte Initiative ihres Präsidenten Kim Il Sung und unter dessen persönlicher Anleitung 1956 die allgemeine Grundschulpflicht eingeführt, seit 1958 besteht allgemeine Hauptschulpflicht (7 Jahre), die erste ihrer Art in Asien. Seit 1959 ist die Ausbildung an allen Schulen völlig unentgeltlich, im Jahre 1967 wurde schließlich die allgemeine obligatorische neunjährige polytechnische Ausbildung eingeführt.

Die Schulkinder bekommen heute jedes Jahr unentgeltlich neue Schulkleidung, Lehrbücher und Schulartikel sind gratis. Die Koreanische Volksdemokratische Republik hat mehr als einmal den südkoreanischen Behörden ihre Bereitschaft mitgeteilt, Waisenkinder im Norden aufzunehmen, Bekleidung, Schuhwerk und Schulartikel nach Südkorea zu schicken, um die Kinder armer Familien zu unterstützen, sowie an mittellose Studenten Stipendien zu zahlen, damit diese - so wie im Norden - auf Regierungskosten die Universität besuchen können. Die südkoreanischen Reaktionäre haben das abgelehnt. ●



Thieu will weitermorden

Mehr als ein Jahr ist seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens vergangen, aber in Vietnam herrscht noch immer kein richtiger Frieden. Der Kampf des vietnamesischen Volkes für die siegreiche Vollendung der nationaldemokratischen Revolution im Süden und die friedliche Vereinigung ihres geteilten Heimatlandes - d.h. in der gegenwärtigen Situation in Südvietnam Kampf für die Verteidigung der befreiten Gebiete und für die volle Durchsetzung der Bestimmungen des Pariser Abkommens - geht weiter.

Der amerikanische Imperialismus hat sein militärisches Engagement und seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams nicht aufgegeben. Er entsendet entgegen den Bestimmungen des Abkommens Waffen und Kriegsmaterial nach Vietnam und unterhält noch immer 25.000 als Zivilisten getarnte "Berater" im Lande. Vor kurzem wurde bekannt, daß die USA für Saigon im Süden Vietnams eine Munitionsfabrik bauen. Mit Recht hat die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams dies als einen neuerlichen Beweis dafür bezeichnet, daß der amerikanische Imperialismus mit allen Mitteln versucht, die Lösung der Probleme Südvietnams auf politischer Ebene zu verhindern und den Krieg zu verlängern.

Das Saigoner Faschistenregime, dazu angestachelt vom US-Imperialismus, hat den Weg der Sabotierung des Friedens eingeschlagen und verletzt fortwährend die Bestimmungen des Pariser Abkommens. Überfälle auf die befreiten Gebiete (allein vom 21. April bis zum 15. Mai wurde der Waffenstillstand von Saigon 10.146mal verletzt!), Massaker unter der Zivilbevölkerung und brutale Verfolgung von Patrioten in den Saigoner Gebieten sind an der Tagesordnung. Ein weiteres Beispiel für die Einmischung des amerikanischen Imperialismus sind die Spionage- und Aufklärungsflüge unbemannter amerikanischer Flugzeuge über den befreiten Teilen der Provinz Quang Tri.

Während sich die Lage in den befreiten Gebieten zusehends gebessert hat und diese beginnen, aufzublühen, wird das Saigoner Regime von schweren wirtschaftlichen und politischen Krisen erschüttert und ist in der Tat schon schwer angeschlagen. Auch bei den Angriffen auf die befreiten Gebiete erleidet Saigon eine Niederlage nach der anderen. Die Volksbefreiungsstreitkräfte Südvietnams beantworten jeden Angriff mit erfolgreichen Gegenschlägen und die Erbitterung des Volkes in den Saigoner Gebieten wächst von Tag zu Tag.

Am 22. März dieses Jahres hat die Provisorische Revolutionsregierung eine Erklärung zur Verwirklichung des Friedens und der nationalen Eintracht in Vietnam veröffentlicht und einen wichtigen und konstruktiven Sechs-Punkte-Vorschlag vorgelegt: 1. Sofortige Beendigung aller bewaffneten Kämpfe; 2. Zurückführung aller gefangengehaltenen Zivilisten und Militärpersonen; 3. Unverzügliche Sicherung der vollen demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung Südvietnams; 4. Umgehende Errichtung eines Rates der Nationalen Versöhnung und Eintracht; 5. Abhaltung von wirklich freien und demokratischen allgemeinen Wahlen und 6. Regelung der Frage der Streitkräfte in Südvietnam ohne fremde Einmischung.

Saigon setzt aber stur den Kriegskurs fort. Thieu hat einseitig die Konsultativkonferenz der beiden südvietnamesischen Seiten unterbrochen und die Tätigkeit der gemeinsamen Militärkomission derart sabotiert, daß sich die Provisorische Revolutionsregierung gezwungen sah, ihre Teilnahme an beiden Organen aufzukündigen.

Mittlerweile mußte Thieu zurückstecken. Er erklärte sich bereit, die Provokationen gegenüber der Revolutionsregierung einzustellen, worauf diese in die Militärkomission zurückkehrte. Was aber Thieu und seine US-imperialistischen Hintermänner auch weiterhin tun mögen, der Kampf des vietnamesischen Volkes ist gerecht und findet weltweite Unterstützung. Der Weg ist voller Schwierigkeiten, aber dem vietnamesischen Volk ist der volle Sieg gewiß! ●

Druckfehlerberichtigung: In der letzten Nummer ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Auf der Seite 9, 2. Spalte in dem Artikel "Wie die Frauen die Gleichberechtigung errangen", achte Zeile von oben soll es in der Klammer heißen: 1954, da die Verfassung der VR China natürlich aus diesem Jahr und nicht aus dem Jahr 1945 stammt. Wir bitten unsere Leser, diesen Tippfehler zu entschuldigen. ●

Was wird aus Bangla Desh?

Blind dem imperialistischen Fortpflanzungstrieb folgend, brachte Indira Gandhi auf ihrem Kriegszug gegen Pakistan den kleinen Mujibur Rahman zur Welt. (Vater war Leonid Breschnew mit seiner militärischen Potenz.) Was wird aus dem Balg?

Heute, mehr als zwei Jahre nach der Zerstückelung Pakistans durch die indischen Reaktionäre ist das Regime von Bangla Desh angeschlagen und erschüttert. Es ist dem Premierminister Rahman weder gelungen, wie er es versprochen hatte, die Produktion wiederherzustellen, noch hat sich die Lage des bengalischen Volkes auch nur im geringsten gebessert. Im Gegenteil: Streiks werden mit Gewalt unterdrückt, die Preise für Grundnahrungsmittel und Kleidung sind seit 1971 um das drei- bis vierfache gestiegen, und das Land taumelt von einer Krise in die andere. Naturkatastrophen haben die elende Lage des Volkes noch verschärft. Dazu kommt noch, daß beträchtliche Mengen von Getreide sowie Jute illegal über die Grenze nach Indien verschoben werden, was nicht nur die Nahrungsmittelknappheit verstärkt hat, sondern dem Land auch schwere wirtschaftliche Verluste zufügt. Bezeichnenderweise sind in die Schmuggelaffäre allerhöchste Kreise des Landes verwickelt. Ein UNO-Beamter aus Dacca hat berichtet, daß der Bruder des Premierministers den ehrenwerten Titel "Schmugglerkönig von Khulna" trägt, und auch die übrige Verwandtschaft des Scheichs Mujibur Rahman hat sich gewaltig bereichert.

Die steigende Empörung des Volkes rich-

tet sich aber vor allem gegen den Sozialimperialismus. Unter dem Vorwand, bei der Räumung des Hafens von Tschittagong von versenkten Schiffen zu helfen, hat sich Rußland mit seiner Flotte dort festgesetzt und will jetzt nicht mehr weg. Die russischen Imperialisten haben erst vor kurzem Bangla Desh gezwungen, ein Übereinkommen zu unterzeichnen, nach welchem auch in Hinkunft Rußland die "Bergung gesunkener Schiffe" in Tschittagong fortsetzen wird. Daß sich zur Leitung der "Bergungsaktion" ausgerechnet ein russischer Admiral in Tschittagong häuslich niedergelassen hat, daß Teile des Hafens von russischen Truppen besetzt sind, und daß schließlich seit sechs Monaten keine Wracks mehr gehoben wurden und der Hafen ohnehin schon seit einem Jahr wieder schiffbar ist, macht die Heuchelei von den "Bergungsaktionen" nur noch widerlicher.

Dazu kommt noch, daß die russischen Imperialisten danach trachten, mittels ihrer Militär"hilfe" und Wirtschafts"hilfe" Bangla Desh noch stärker unter ihre Kontrolle zu bringen und es völlig für die russischen Aggressionsabsichten gegen die Völker Asiens und dabei besonders gegen China einzuspannen.

Daß diese Politik der Unterjochung und Kolonisierung Widerstand hervorrufen muß, ist ganz klar. Bereits im Dezember vergangenen Jahres forderten auf einer Massenversammlung von mehr als 100.000 Menschen ostbengalische Patrioten den sofortigen Abzug der russischen Flotte aus dem Golf von Bengalen und die Einstellung jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Bangla Desh seitens der UdSSR und Indiens.

★

Im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgraben will Indien seinem Nachbarn Bangla Desh. Der Ganges fließt in zwei Hauptarmen in den Golf von Bengalen, der eine mündet beim indischen Kalkutta, der andere in Bangla Desh. Indien hat nur wenige Kilometer von der Grenze entfernt einen Damm errichtet, der den einen Arm des Ganges abschneidet und dessen Wasser nach Kalkutta umleitet. Landwirtschaft, Schiffahrt und Stromerzeugung am Gangesunterlauf in Ostbengalen sind durch diesen Damm gefährdet. Eine Zeitung aus Bangla Desh schreibt sogar, daß 19 Kreise des Landes zur Wüste zu werden drohen, wenn der Staudamm voll für den Hafen Kalkutta eingesetzt wird. Verhandlungen von Bangla Desh und Indien, wie die Wasserreserven des Ganges aufgeteilt werden sollen, sind bis jetzt an der Sturheit Indiens gescheitert. ●



Trotz revisionistischer Spaltungsversuche keine Todfeinde, sondern Verbündete: Norodom Sihanouk (rechts) und Khieu Samphan, der Führer der Roten Khmer.

Kambodscha

Im April und Mai dieses Jahres stattete eine Delegation der Nationalen Einheitsfront und der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas der Volksrepublik China einen Freundschaftsbesuch ab.

In was für einer Situation fand dieser Besuch statt? In den vergangenen vier Jahren hat das kambodschanische Volk, gestützt auf die eigene Kraft, im Volkskrieg zahlreiche Siege errungen und die Landesverräter in Phnom Penh befinden sich in einer schweren Lage.

Auf der internationalen Ebene genießen die Königliche Regierung der Nationalen Union und das Staatsoberhaupt Norodom Sihanouk immer größeres Ansehen, was auch der erfolgreiche Besuch der kambodschanischen Delegation in elf europäischen, asiatischen und afrikanischen Ländern gezeigt hat.

Die kambodschanischen Führer - Sihanouk, der Premier Penn Nouth sowie der Leiter der Delegation aus Kambodscha, Vizepremier und Verteidigungsminister Khieu Samphan - trafen am 2. April mit dem Genossen Mao Tsetung zusammen. Nach eingehenden Gesprächen mit Tschou En-lai und anderen führenden chinesischen Genossen wurde ein gemeinsames Kommunique veröffentlicht, in dem unter anderem ausgeführt wird:

China "gratuliert dem kambodschanischen Volk von Herzen zu den glänzenden Siegen im Widerstandskrieg gegen die amerikanische Aggression und zur Rettung des Vaterlandes". Die VR China bekräftigte ihren Standpunkt: "Die legitimen Rechte der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha in den Vereinten Nationen und allen ihnen untergeordneten Organisationen müssen wiederhergestellt werden. Die Vertreter der landesverräterischen Clique in Phnom Penh müssen aus den Vereinten Nationen vertrieben werden." Die VR China forderte weiters die Einstellung der amerikanischen Aggression gegen Kambodscha und jeder Hilfe und Unterstützung für Lon Nol. Denn: "Die kambodschanische Frage muß ohne fremde Einmischung vom kambodschanischen Volk selbst gelöst werden."

Die kambodschanische Delegation dankte China für seine moralische, materielle und diplomatische Unterstützung und erklärte: "Die Siege, die das kambodschanische Volk in den vier Jahren seines Kampfes errungen hat, sind von der Hilfe des chinesischen Brudervolkes nicht zu trennen." Die Delegation brachte ihre Bewunderung für die Erfolge des chinesischen Volkes in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau zum Ausdruck und erklärte, daß "das chinesische Volk die Waffe, die es von Sieg zu Sieg führt, beherrscht und umfassend versteht - den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen. Das kambodschanische Volk betrachtet die Siege des chinesischen Volkes als seine eigenen, und das chinesische Volk und China sind eine starke Stütze und das zuverlässige Hinterland in seinem nationalen Befreiungskampf."

"Beide Seiten sind der Ansicht - heißt es im gemeinsamen Kommunique Kambodschas und Chinas - daß sich die internationale Situation weiter zugunsten der Völker der ganzen Welt entwickelt. Sie ist durch große Unordnung unter dem Himmel gekennzeichnet. Die Rivalität zwischen den Supermächten und deren überall vorgetragene Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Ausplünderung verschärfen alle grundlegenden Widersprüche der gegenwärtigen Welt, fördern das Erwachen der Völker und lösen bei ihnen Widerstand aus. Die auf Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus basierende alte Ordnung wird immer mehr untergraben und erschüttert. Die Völker aller Länder schreiten siegreich mitten in diesem Aufruhr voran. Die Staaten wollen Unabhängigkeit, die Nationen wollen Befreiung und die Völker wollen Revolution - das ist eine Strömung der Geschichte, die keine Kraft aufhalten kann."

Diese gemeinsame kambodschanisch-chinesische Erklärung ist ganz klar ein Schlag gegen den amerikanischen Imperialismus. Sie ist aber auch ein Schlag gegen die russischen Sozialimperialisten. Jahrelang haben diese gegen die Regierung der Befreiungskämpfer gehetzt, haben sie versucht, die Nationale Einheitsfront zu unterminieren und die Einheit der Völker Indochinas zu spalten. Diese haben sich aber vom Sozialimperialismus nicht von ihrem gerechten Kampf abbringen lassen. Das kämpfende kambodschanische Volk hat in der gemeinsamen Erklärung mit China erneut gezeigt, daß es den angeblichen "Antiimperialismus" Rußlands durchschaut und sich von diesem falschen Freund nicht täuschen läßt.

★

Der Kampf patriotischer Lehrer und Studenten in Phnom Penh hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Zahlreiche Streiks und Demonstrationen gegen die faschistische Herrschaft Lon Nols und für demokratische Freiheiten und bessere Lebensbedingungen fanden in der letzten Zeit statt. Am 4. Juni besetzten mehr als 600 Studenten in Phnom Penh eine Mittelschule und verfaßten dort einen Brief an die Marionettenregierung, in dem sie die Freilassung von 15 Studenten und 4 Lehrern verlangten, die grundlos verhaftet worden waren. Als der herbeigeeilte "Erziehungsminister" Keo Sangkim sich weigerte, den Brief mit zu unterzeichnen, ließen ihn die Studenten nicht mehr aus der Schule. Darauf griff Militärpolizei die Schule an und feuerte brutal in die Studenten. Dabei kam auch der "Erziehungsminister" ums Leben. ●

Seit Beginn des Monats Mai wird Birma von machtvollen Streikkämpfen und Demonstrationen erschüttert, die sich gegen gewaltige Preissteigerungen und Lebensmittelmangel richten. Ausgehend von Eisenbahnwerkstätten haben die Streiks rasch auf Ölfelder, Textilfabriken und auf das Transportgewerbe übergegriffen. Unterstützt wurden dabei die Arbeiter in der Hauptstadt Rangun von den Studenten der Universität. Am 6. Juni wurden von der Regierung alle Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen in Rangun verboten, einen Tag später verkündete der Erziehungsminister die Schließung aller Universitäten und Schulen. ●